

5
6
7 Antrag zur Kreiskonferenz am 21.5.2012

8
9 Eingegangen: 17.5.2012
10 Antragsteller: SPD-Kreisvorstand Stuttgart
11 Betreff: Positionsbestimmung Stadtwerke – SPD Stuttgart
12 Beschlossen am: 21. Mai 2012
13 Adressaten:
14
15
16
17

18 **Die Kreiskonferenz möge beschließen:**

19
20 **Die Aufgaben der Stadtwerke Stuttgart in der Energiewende**

21 Die von allen Parteien als Folge der Katastrophe von Fukushima beschlossene Energiewende bringt tiefgreifende Veränderungen der bisherigen Versorgungsstrukturen mit sich. Kohle, Öl, Gas und Uran werden schrittweise durch regenerative Energieträger ersetzt. Die bisherigen zentralen Strukturen bei der Energieerzeugung werden zu einem großen Teil durch dezentrale Erzeugung ergänzt und ersetzt. Die Stromtransportnetze und die Verteilnetze müssen sich dadurch neuen Anforderungen stellen.

22
23
24
25
26
27 Durch diese Veränderungen verlieren die vier großen EVU ihre bisherige Monopolstellung in der Stromerzeugung und es wird eine stärkere regionale Versorgung etabliert. Stadtwerke spielen in der Zukunft nicht nur in der Energieverteilung sondern auch in der Stromerzeugung und der Wärmeversorgung eine bedeutende Rolle. Sie investieren in regenerative Energieerzeugungsanlagen und in hocheffiziente Kraftwärmekopplung (KWK). Sie betreiben Netze und organisieren die Verteilung von Wärme und Strom.

28
29
30
31
32
33 Stadtwerke sind schon heute Vorreiter beim Ausbau der KWK. Diese kombinierte Erzeugung von Wärme und Strom ist eine wichtige Brückentechnologie. Ein verstärkt geförderter zügiger Ausbau der KWK kann daher in bedeutendem Ausmaß den Zubau unumweltschädlicher Kohlekraftwerke ersetzen und ist damit ein wichtiger Baustein einer umweltgerechten Energiewende.

34
35
36
37
38 Die Stuttgarter Stadtwerke werden alle Bereiche abdecken, d.h. sie erzeugen Strom und Wärme zu einem erheblichen Teil regional, betreiben die Verteilnetze in eigener Verantwortung und bieten den Bürgerinnen und Bürgern als vertrauenswürdiger Anbieter von Strom und Gas die Möglichkeit einer umweltfreundlichen Energieversorgung. Bei der Energieerzeugung wird die regionale KWK eine zentrale Stellung einnehmen.

39
40
41
42
43 Die Geschäftspolitik der Stadtwerke Stuttgart wird durch die Interessen der Landeshauptstadt Stuttgart, der Haushalts-, Gewerbe- und Industriekunden bestimmt. Sie ist von den Interessen der großen EVU und ihrer Aktionäre unabhängig. Die Gewinne der Stadtwerke werden auch zur Unterstützung des ÖPNV und anderer gemeinwohlorientierter städtischer Einrichtungen genutzt werden.

44
45
46
47
48 Die Position der Stuttgarter SPD befindet sich damit in voller Übereinstimmung mit dem Koalitionsvertrag der Grün-Roten Landesregierung. Dieser bekennt sich klar zur Unterstützung von Stadtwerken und zu einem fairen Wettbewerb um die Konzessionen.

49
50
51 Die Stadtwerke Stuttgart werden eines der großen Stadtwerke in Baden-Württemberg und Deutschland sein.

52

53

54

55 **Wir müssen jetzt die Weichen richtig stellen**

56 Die Konzessionen für die Strom- und Gasnetze und für die Fernwärme müssen in einem
57 transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerb vergeben werden. Im Wettbewerb
58 werden die qualifizierten Bieter ihre Vorschläge entwickeln. Für die Gestaltung der Netzge-
59 sellschaft sind unterschiedliche Modelle möglich, z.B. Stadtwerk als Alleinbetreiber, Koopera-
60 tions-, Verpachtungs-, oder Betriebsführungsmodelle.

61 Vor Entscheidungen des Gemeinderats sind vollständige Informationen zu den wirtschaftli-
62 chen Rahmenbedingungen vorzulegen:

- 63 • Für die Strompreise der Haushalts-, Gewerbe- und Industriekunden in Stuttgart kön-
64 nen die Netznutzungsentgelte von erheblicher Bedeutung sein. Diese können je nach
65 Stadtwerkmodell unterschiedlich sein. Bisher wurde diese wichtige Frage trotz zahl-
66 reicher Gutachten noch nicht untersucht.
- 67 • Vor der Auswahl eines Kooperationspartners aus dem Kreis der Bewerber muss klar
68 sein, mit wem sich die Stadt als Gesellschafter oder Vertragspartner einlässt. Es ge-
69 hört zu den Sorgfaltspflichten eines ordentlichen Kaufmanns, dass sich die Gemein-
70 deräte von allen Bewerbern vollständige Informationen über ihre aktuelle und zukünf-
71 tige wirtschaftliche und rechtliche Situation vorlegen lassen. Dies gilt auch für den
72 bisherigen Konzessionär als möglichen Partner.
- 73 • Die Arbeitnehmer des Netzbetriebs im Regionalzentrum Stuttgart der EnBW Regio-
74 nal AG (REG) gehen ganz oder teilweise in die Stadtwerke Stuttgart über, wenn sie
75 dem Übergang nicht widersprechen. Der Betriebsrat, die Gewerkschaft ver.di, die
76 REG aber auch die Stadtwerke Stuttgart sind gefordert, eine sozialverträgliche, zu-
77 kunftssichernde und an den wirtschaftlichen Gegebenheiten orientierte Übergangsre-
78 gelung zu verhandeln.

79 Für alle diese Fragen muss durch den Gemeinderat externe Expertise eingeholt werden,
80 damit er eine Basis für die Festlegung der Vergabekriterien hat.

81 Die Rahmenbedingungen des jetzt beginnenden Vergabeverfahrens sind durch das EnWG
82 (Energiewirtschaftsgesetz) festgelegt. Die Ausgestaltung des Verfahrens und die Festlegung
83 der Vergabekriterien obliegen dem Gemeinderat. Diese Möglichkeiten sind von Gemeinderat
84 strikt am Interesse der Bürgerinnen und Bürger Stuttgarts, der Kunden, also der Stuttgarter
85 Haushalte, der Unternehmen, sowie dem erklärten Willen der Landeshauptstadt Stuttgart,
86 einer möglichst umweltfreundlichen Energieversorgung zu orientieren.

87 **Die Stuttgarter SPD hat hinsichtlich der Ausgestaltung der Stadtwerke konkrete politi-**
88 **sche Vorstellungen:**

- 89 • An dem Vergabeverfahren werden die Bürger und Organisationen der Zivilgesell-
90 schaft aktiv beteiligt. Dabei soll das Anliegen des „Bürgerbegehrens Stadtwerke“ im
91 Rahmen des rechtlich möglichen in die Entscheidungen der Stadt einfließen. Dies gilt
92 für das Verfahren zur Vergabe der Konzessionen. Dies gilt auch für die Auswahl ei-
93 nes möglichen Partners der Stadtwerke zum Betrieb der Netze. In der Bürgerschaft
94 sind hohe Kompetenzen vorhanden. Wir wollen diese Gruppen an der Gestaltung der
95 Stadtwerke aktiv beteiligen.
- 96 • Die Stuttgarter SPD hält den Ausbau der Kraftwärmekopplung für eine zentrale Vor-
97 aussetzung für das Gelingen der Energiewende. Die Kraftwärmekopplung soll daher
98 einen wichtigen Anteil an der Energieversorgung der Stadt übernehmen. In den Ge-
99 sellschaftsvertrag der Stadtwerke wird daher als Unternehmenszweck die Kraftwär-
100 mekopplung als wichtiges Betätigungsfeld aufgenommen.
- 101 • Die Stuttgarter SPD tritt dafür ein, dass die Landeshauptstadt bzw. ihre Gesellschaft
102 das Eigentum an den Strom- und Gasnetzen sowie an der Stuttgarter Wasserversor-
103 gung erwirbt. Der Kauf der Netze durch die Stadtwerke muss auf Basis des Ertrags-

104 werts erfolgen. Es kann nicht zugelassen werden, dass die Bürger durch den Verkauf
105 der Wasserversorgung im Jahr 2002 in Zukunft mit höheren Wassergebühren belas-
106 tet werden. Wir begrüßen, dass die Stadt eine eventuelle Preiserhöhung durch die
107 EnBW durch das Kartellamt überprüfen lassen will.

- 108 • Ziel der SPD ist es, die Geschäftspolitik der Stadtwerke an den kommunalen Interes-
109 sen auszurichten. Eine Verpachtung der Strom- und Gasnetze lehnen wir daher ab.
110 Für den Betrieb der Netze streben wir eine eigenständige 100 % kommunale Lösung
111 an. Eine Beteiligung Dritter an der Netzgesellschaft akzeptieren wir nur, wenn anders
112 eine Vergabe der Konzession an die Stadtwerke nicht möglich sein sollte. Einer sol-
113 chen kooperativen Lösung stimmen wir nur zu, wenn eine zukünftige vollständige
114 Übernahme der Gesellschaft zu akzeptablen Konditionen ermöglicht wird.
- 115 • Für die Stadtwerke Stuttgart soll die Option „Übernahme der Fernwärme“ und einzel-
116 ner Anlagen (Gaisburg und Münster) offen gehalten werden. Gelingt eine Übernahme
117 der Fernwärmenetze im Rahmen des laufenden Vergabeverfahrens nicht, so kann
118 diese Option z.B. durch die Harmonisierung der Laufzeit des bestehenden Müllverb-
119 rennungsvertrags mit dem Konzessionsvertrag für die Wärmeversorgung bzw. das
120 Wärmenetz und eine Begrenzung der Laufzeit auf z.B. 10 Jahre offen gehalten wer-
121 den. Entsprechende Endchaftsklauseln sind im neuen Konzessionsvertrag ebenso
122 aufzunehmen, wie das Recht, dezentral erzeugte Wärme (Nahwärme) in das beste-
123 hende Wärmenetz einzuspeisen.

124 Wie viele Städte auch in Baden-Württemberg seit langem zeigen, ist ein integriertes Stadt-
125 werk in kommunaler Hand in der Lage, einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende zu
126 leisten und zugleich Gewinne zu erwirtschaften. Diese Gewinne sind bei der heutigen Fi-
127 nanzausstattung der Städte erforderlich, um wichtige öffentliche Aufgaben im Bereich der
128 Daseinsvorsorge, wie z. B. die betrieblichen Verluste aus dem Betrieb der SSB oder ggfls.
129 auch der öffentlichen Bäder finanzieren zu können. Erfolgreiche Stadtwerke werden spürbar
130 zur Entlastung des städtischen Haushalts beitragen.

131 Mit der Rückübertragung der Wasserversorgung auf die Stadt und dem Aufbau neuer Stadt-
132 werke in Stuttgart gewinnt die Landeshauptstadt eine wesentliche Gestaltungsaufgabe der
133 öffentlichen Daseinsvorsorge zurück. Dies entspricht dem Ziel, das sich die Stuttgarter SPD
134 bereits bei den letzten Kommunalwahlen gesetzt hat. SPD-Kreisverband und SPD-
135 Gemeinderatsfraktion werden die Vollendung dieser Zielsetzung konsequent verfolgen.